Frage 5: Der bayerische Staat hat derzeit die EOF-Mittel gestoppt. Sind Sie bereit, dafür vorübergehend einen städtischen Sonderfonds Sozialwohnungsbau im Umfang von bis zu 50 Millionen € (lediglich etwa 3% des städtischen Haushalts) zu bilden, um ersatzweise den EOF-geförderten Sozialwohnungsbau für Genossenschaften zu ermöglichen (etwa analog München)?

Partei	Ja/nein	Antwort
CSU	nein	Die Frage eines städtischen Sonderfonds stellt sich nicht, weil bereits Eigenkapital bereitgestellt wurde, das von der Stadtbau GmbH noch nicht verausgabt ist. ***Faktencheck:*** *Falsch, trifft so nicht zu. Siehe auch Antwort Frage 2. Eigenkapital besteht nicht nur aus Geld, sondern aus allen Werten (also Finanz- + Sachmittel). Würde man Eigenkapital „verausgaben" (heißt z.B. Geld geben und keinen Gegenwert dafür erhalten) würde es nicht mehr existieren. Die Stadtbau wäre Pleite.*
SPD	Ja wenn möglich	Wenn der Freistaat seiner Verantwortung nicht nachkommt, muss die Stadt handeln – aber dennoch den Freistaat nicht aus der Verantwortung entlassen. Über die entsprechenden Gremien wie den Städtetag müssen wir von kommunaler Seite mehr Druck ausüben. Wir werden jedoch nicht tatenlos zusehen, wie der soziale Wohnungsbau zum Erliegen kommt, nur weil die Staatsregierung ihre Pflicht vernachlässigt. Ein städtischer Sonderfonds ist sinnvoll, muss aber auch hinsichtlich der Investitionen in die Stadtbau GmbH in eine wirkungsvolle Balance gebracht werden. Für uns ist bezahlbares Wohnen ein zentrales Top-Thema und muss deshalb bei der Aufstellung des städtischen Haushalts entsprechend behandelt werden.
Grüne	Ja wenn möglich	Die Haushalte nahezu aller Kommunen in Bayern sind angespannt. Der Regensburger Finanzreferent hat mit anderen großen Städten das Land Bayern dazu aufgefordert, für angemessene Finanzausstattung zu sorgen. München kompensiert mit einem kommunalen Programm zum Teil die fehlende EOF-Förderung des Landes Bayern, muss jedoch im Gegenzug andere Förderungen/freiwillige Leistungen einstellen. Wenn wir das in Regensburg auch tun wollten, würde sich zusätzlich die Frage stellen, ob unser Haushalt dann noch genehmigungsfähig wäre. Im Übrigen handelt es sich um ein hausgemachtes Problem der Landesregierung, da ein Großteil der bayerischen Förderung an die Bayernheim geht. Es kann nicht sein, dass klamme Kommunen einspringen sollen, wo das Land versagt hat. Das ist für uns nicht leistbar, denn es handelt sich um Ausfälle in enormen Größenordnungen. Möglicherweise könnte das aber in eng begrenzten Bereichen, wie für Stadtbau oder Genossenschaften, möglich sein und würde helfen, weiter sozial geförderte Wohnungen zu ermöglichen.
ÖDP	Ja, wenn möglich	So lange die Stadt dennoch handlungsfähig bleibt und einen genehmigungsfähigen Haushalt erstellen kann, ja. Wahrscheinlich ist dafür aber die Einsparung von einem oder mehreren Großprojekten erforderlich.
Brücke	?	Diese Frage lässt sich nicht beantworten, trotz Wahlkampf. Eine ehrliche Zusage dazu ist auch aufgrund der Haushaltslage nicht möglich.
Linke	ja	ja
FW	Eher nein	Aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage halte ich es für unwahrscheinlich, die weggefallenen staatlichen Fördergelder durch einen eigenen Fördertopf kompensieren zu können. Denkbar ist auf der Grundlage der Umschichtung von Haushaltsmitteln eine Eigenkapitalaufstockung für die Stadtbau GmbH. Genossenschaften sind im übrigen ein wichtiger Player im Wohnungsbau und sollen auch weiterhin in ihren Bemühungen unterst
BSW	Ja wenn möglich	Das wäre tatsächlich sinnvoll. Auch hier gelten meine Ausführungen zu Frage 1 und 2 zu günstiger Energie und notwendiger finanzieller Ausstattung der Kommunen durch den Bund.
RIBISL	Ja	Förderung nur für gemeinwohlorientierte Akteure! Die Stadt sollte sich darauf konzentrieren kommunalen und genossenschaftlich organisierten Wohnungsbau zu fördern. Warum sollte die Stadt private Unternehmen bezuschussen, die sich zuvor zu Spekulationspreisen das Stadtgebiet zusammengekauft haben?